Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,46 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 5. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 301 — 94. Jahrgang. Drahtanschrift: „Tageblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, den 28. Dezember 1935

Die Bilanz der Wirtschaft.

Ein Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1935.

Wenn wir am Ende des Jahres auf die wirtschaftlichen Leistungen der letzten zwölf Monate zurückblicken und die Aktiven und Passiven gegeneinanderstellen, so können wir mit Stolz bekennen: Hier liegt eine Bilanz vor, die sich sehen lassen kann. Das Jahr hat weiterhin Aufschwung gebracht, die Räder der Wirtschaft haben sich schneller und schneller gedreht, und die Unternehmungen haben immer mehr Arbeitskräfte einstellen können. Noch vor wenigen Jahren drückte ein Arbeitslosenheer von annähernd sieben Millionen Menschen schwer auf Staat und Staatssäckel. In diesem Jahre konnte dank der Fortsetzung der intensiven Arbeitsbeschaffung des Reiches und der zurückkehrenden Privatinitiative die Arbeitslosenziffer auf 1,7 Millionen gesenkt werden, und selbst am Ende dieses Jahres, also in der Jahreszeit, die infolge saisonmäßiger Einflüsse stets eine gewisse Atempause in der Aufwärtsentwicklung bringt, sind nur noch knapp zwei Millionen Arbeitslose vom Reiche zu betreuen. Dabei müssen wir immer wieder berücksichtigen, daß von den noch arbeitslos gebliebenen Volksgenossen ein großer Teil überhaupt arbeitsunfähig und ein Teil nur teilweise arbeitsfähig ist. Wir haben ein Recht, zu behaupten, daß dank der Schaffenskraft der nationalsozialistischen Führung heute nur noch etwa eine Million deutscher Menschen in Arbeit und Brot gebracht werden müssen.

Die im ablaufenden Jahr erreichte Verminderung der Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die öffentliche Arbeitsbeschaffungspolitik entschlossen fortgesetzt wurde. Eine Reihe Reichsautobahnstraßen wurde fertiggestellt, durch die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes erhielt eine Reihe Industrien kräftige Arbeitsbelebung, die sich auf einen großen Teil aller Wirtschaftszweige auswirkte. Nach wie vor liegt das Schwergewicht des Aufschwungs auf der Seite der Investitionen, d. h. auf seiten jener Industrien, die Erzeugnisse zur Förderung der Produktion, Arbeitsanlagen, Maschinen, technische Einrichtungen herstellen. Dagegen ist die Beschäftigung in den Verbrauchsindustrien etwas zurückgetreten. In einer Reihe Industrien war das ganze Wirtschaftsjahr 1935 von den Bemühungen beherrscht, die deutsche Rohstoffversorgung zu sichern. Neuanlagen zur Erzeugung wichtiger Rohstoffe entstanden, und Handels- und Wirtschaftspolitik wurden großenteils in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Eine nähere Untersuchung ergibt, daß sich im deutschen Kohlenbergbau sowohl Gewinnung wie Beschäftigung, Absatz und trotz des starken Wettbewerbs sogar die Ausfuhr weiterhin erhöht haben. Mit Rücksicht auf die starke industrielle Tätigkeit hat sich die Kokserzeugung stärker belebt als die Kohlengewinnung. Für die deutsche Eisenwirtschaft war das wichtigste Ereignis in diesem Jahr die Rückkehr des Saarlandes. Rohstahlerzeugung und Roheisenausfuhr sind beträchtlich gestiegen, die Einfuhr dagegen halbiert sich. In der Metallwirtschaft war das Bemühen darauf gerichtet, die Selbstversorgung soweit wie möglich zu steigern, und tatsächlich hat sich die Hüttenproduktion um ein Viertel erhöht. Besonders stark stieg die Erzeugung von Rohzink, das im Gegensatz zu früher jetzt im Inland selbst geschmolzen wird. Auch die Erzgewinnung zeigte erfreuliche Fortschritte. Durch den Ausbau der industriellen Anlagen bzw. durch die Erneuerung und Ergänzung der vorhandenen Betriebsanlagen sind die Umsätze der Maschinenindustrie kräftig gestiegen. Allerdings wurde der Aufschwung der Maschinenindustrie, die einst eine unserer hervorragendsten Ausfuhrindustrien war, fast ausschließlich vom Inlandsgeschäft getragen, wenngleich da und dort, vor allem nach den Ländern mit entwerteter Währung, etwas größere Aufträge gingen. Die deutsche Kraftfahrzeugindustrie hat den kühnen Aufschwung des letzten Jahres noch überboten. Die Motorisierung Deutschlands schreitet rüstig fort. Sowohl Personen- wie Lastkraftwagen waren stark gefragt, und dank seiner Hochwertigkeit fand der deutsche Wagen auch im Ausland starke Nachfrage. Die chemische Industrie hat ebenso wie die Elektroindustrie ihre Erzeugung um 5 bis 10 Prozent im Durchschnitt gesteigert. Die Beschäftigung in der deutschen Bauwirtschaft lag annähernd um ein Drittel höher als 1934.

Niemals hätten 1935 diese großen Erfolge erreicht werden können, wenn nicht durch die staatliche Führung und Lenkung des Kreditapparates die Zusammenfassung aller Mittel und ihre denkbar beste Verteilung gewährleistet wären. Die Reichsbank hat ihre vornehmste Aufgabe, Hüterin der Währung zu sein, voll erfüllt. Diese Sicherheit in den Fortbestand unserer Währung hat das Vertrauen jedes einzelnen Deutschen in die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes weiter gestärkt. Es wurde wieder gespart. Über 15 Milliarden Mark sind heute in kleinsten Sparbeträgen bei den deutschen Sparkassen zusammengetragen, über 22 Milliarden Mark bei den deutschen Lebensversicherungsgesellschaften angesammelt worden. Alle diese Gelder haben gerade im ablaufenden Jahr ein gut Teil der öffentlichen Ausgaben finanzieren helfen. Der „Neue Plan" des Reichsbankpräsidenten, der in dem Grundsatz gipfelt, nur das zu kaufen, was man bezahlen kann, hat das Gleichgewicht von Aus- und Einfuhrziffern hergestellt. Während im Jahre 1934 die Handelsbilanz noch mit einem Einfuhrüberschuß von 284 Millionen Mark abschloß, zeigt das zweite Halbjahr 1935, daß wir die Devisenbilanz angleichen. Wenn auch im Außenhandel von einer spürbaren Besserung — aus Gründen, die wir nicht bestimmen — noch nicht gesprochen werden kann, so sind fraglos Ansätze zu einer Belebung des Warenaustausches gegeben. Im übrigen haben wir uns im Laufe dieses Jahres mehr und mehr auf den Grundsatz der Gegenseitigkeit eingestellt, indem wir nach Möglichkeit aus den Ländern Waren beziehen, die ihrerseits bereit sind, deutsche Fertigwarenerzeugnisse abzunehmen oder sich in ihrer Rohstoffgewinnung dem deutschen Bedarf anzupassen.

Ist auch 1935 der wirtschaftliche Aufschwung noch zu einem großen Teil durch Staatsaufträge, Steuerbegünstigungen usw. erzielt worden, so wird künftig mit aller Kraft daran gearbeitet werden, mehr noch als bisher die nach den Worten des Führers „allein schöpferische Privatinitiative" an die Stelle der staatlichen Arbeitsbeschaffung zu setzen. Es bedeutet einen weiteren Fortschritt auf dem Wege zum Aufbau einer gesunden deutschen Volkswirtschaft, wenn Staatssekretär Reinhardt kürzlich erklärte, daß in Zukunft keine Steuervergünstigung zur Ingangsetzung der Wirtschaft mehr gegeben werden würde, das heißt: Die Wirtschaft muß jetzt ohne staatliche Stütze und ohne staatliche Krücken gehen können. Das Jahr 1936 muß uns die Verwirklichung dieser Forderung bringen. Das ist unser aller Wunsch für die Wirtschaft an der Jahreswende.

Uruguay bricht mit Sowjetrußland.

Schlag gegen Moskau.

Einer Reuter-Meldung aus Montevideo zufolge hat die Regierung von Uruguay beschlossen, die Beziehungen mit Sowjetrußland abzubrechen, weil dieses Land Uruguay zu einem Mittelpunkt der kommunistischen Werbetätigkeit in Südamerika gemacht habe. Dem sowjetrussischen Gesandten sollen noch am Freitag die Pässe überreicht werden.

Dem Sowjetgesandten in Montevideo die Pässe überreicht.

Die Gründe für den Abbruch der Beziehungen.

Montevideo, 28. Dezember. Der Abbruch der Beziehungen zu Sowjetrußland wurde von der Regierung am Freitagnachmittag durch einen Erlaß bekanntgegeben, der bestimmt, daß dem sowjetrussischen Gesandten Minkin die Pässe zuzustellen sind.

Die Zustellung der Pässe erfolgte durch den Chef des Protokolls der Regierung von Uruguay in der Sowjetgesandtschaft. Dem Gesandten wurde gleichzeitig eine Abschrift des Regierungserlasses überreicht. Für seine Abreise wurden ihm Erleichterungen zugesichert.

Der Gesandte Uruguays in Moskau, Masoras, befindet sich zur Zeit in Montevideo auf Urlaub. Die Geschäfte in Moskau werden infolgedessen zur Zeit von Legationssekretär Masanas, dem Sohn des Gesandten, wahrgenommen. Die Regierung von Uruguay hat das amtliche Ersuchen an die Washingtoner Regierung gerichtet, den Schutz der Gesandtschaft in Moskau zu übernehmen.

Eine Erklärung für die Gründe des Abbruchs der Beziehungen findet sich Freitagfrüh in der Zeitung „El Debate", die darauf hinweist, daß Beziehungen eines ausländischen Diplomaten zu aufrührerischen Elementen im Lande festgestellt worden seien. In dem Regierungserlaß wird mitgeteilt, daß der Abbruch der Beziehungen zu Sowjetrußland mit dem kommunistischen Aufstandsversuch in Brasilien begründet sei. Es wird auf Mitteilungen der brasilianischen Botschaft über die Feststellung einer weitverzweigten Sowjetorganisation hingewiesen.

*

Der Regierung des südamerikanischen Staates Uruguay gebührt das Verdienst, als erste Regierung die aus den Wühlereien der von Moskau aus in alle Welt gesandten Jünger des Kommunismus gezogenen Folgerungen in die Tat umgesetzt zu haben.

Die führenden Männer dieses südamerikanischen Staates zeigten durch ihre Schutzmaßnahmen gegen den zersetzenden Kommunismus mehr politischen Weitblick und Menschenkenntnis als so mancher Angehöriger mancher Regierungen der Alten Welt,

die sich vielfach allen anderen Regierungsmitgliedern anderer Länder politisch weit überlegen dünken, von der angeblichen Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zu Moskau reden, Militärbündnisse mit den Sowjets schließen gegen Gefahren, die nicht bestehen, und den die Völker erniedrigenden und die Volkswirtschaften zerstörenden jüdisch-kommunistischen Weltanschauungen in ihren Ländern Tür und Tor öffnen.

Die letzten blutigen Vorfälle in Brasilien, bei denen wieder einmal zahlreiche Menschenleben der jüdisch-kommunistischen Hetze zum Opfer fielen, haben den Südamerikanern die Augen geöffnet: sie haben sich aber nicht auf das in Europa so sehr beliebte „Schritt in Moskau machen" oder papierne Vorstellungen eingelassen, sondern kurzerhand den gesunden Menschenverstand sprechen lassen. Das nationalsozialistische Deutschland, wegen seines Kampfes gegen den Kommunismus oft genug angefeindet, erhielt hier plötzlich eine Unterstützung aus einem anderen Teil der Welt als Beweis für die Richtigkeit seines Vorgehens. Hoffen wir, daß das Vorgehen der regierenden Männer in Uruguay nicht nur auf Südamerika beschränkt bleibt!

Zwei wichtige Handelsabkommen.

Mehr Butter, Eier und Käse aus Holland. — Regelung des deutsch-tschechischen Wirtschaftsverkehrs.

Zwei wichtige wirtschaftliche Abkommen sind in diesen Tagen abgeschlossen worden, die im Rahmen der deutschen Wirtschaftspolitik liegen: ein deutsch-tschechisches Abkommen und ein Abkommen mit den Niederlanden.

Das deutsch-tschechische Abkommen regelt den Warenverkehr für 1936. Die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen wurden durch eine besondere Clearingspitze der Tschechoslowakei belastet. Die Tschechoslowakei hat im abgelaufenen Jahre mehr Waren an uns geliefert, als wir an die Tschechoslowakei, so daß gewisse Schwierigkeiten entstanden waren. Die Clearingspitze ist dann im Laufe des Sommers abgebaut worden, ist aber am Ende des Jahres aus Saisongründen wieder angeschwollen, weil starke Holzkäufe getätigt wurden. Im alten Abkommen war ein Abbau der damals schon vorhandenen Clearingspitze vorgesehen, und sie ist im großen ganzen auch vermindert worden, so daß das Ziel des damaligen Abkommens auch erreicht worden war. Die deutsche Ausfuhr ist auch — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — unbehindert vor sich gegangen im Gegensatz zur deutschen Ausfuhrmöglichkeit nach anderen Ländern. Die tschechische Ausfuhr nach Deutschland ist stark gedrosselt und bleibt es auch. In dem neuen Abkommen ist eine gewisse Verlagerung nach der Rohstoffseite vorgenommen worden. Wir beziehen künftig mehr Rohstoffe.

Beim deutsch-niederländischen Abkommen ist nur das Mutterland beteiligt. Im Gegensatz zum Abkommen mit der Tschechoslowakei weist dieses Abkommen Besonderheiten auf der landwirtschaftlichen Seite auf. Im Mai 1933 war mit der niederländischen Regierung ein Vertrag abgeschlossen worden, der eine mengenmäßige Herabsetzung der niederländischen Agrarprodukte vorsah, zum Ausgleich aber nicht unerhebliche Preiserhöhungen zugestand. Wir hatten also mit Holland vereinbart, daß wir weniger liefern, aber zu erhöhten Preisen. Das lag daran, daß wir damals reichversorgte Inlandsmärkte hatten und infolgedessen die Einfuhr von holländischen Agrarprodukten abstoppen mußten. Heute aber haben wir einen starken Lebensmitteleinfuhrbedarf, sind aber nicht in der Lage, die damals erhöhten Preise zu zahlen. Die Preise sind also abgebaut worden, das heißt, wir führen für die gleichen Preise mengenmäßig mehr Agrarprodukte ein, besonders Käse, Butter und Eier, so daß unsere Versorgungslage dadurch gebessert worden ist. — Auf seiten der deutschen Ausfuhr haben wir gewisse Zugeständnisse machen müssen, die aber praktisch nicht so sehr ins Gewicht fallen. Es hatte sich gezeigt, daß der Warenbedarf Hollands in bestimmten Artikeln nicht so groß gewesen ist wie wir glaubten, und infolgedessen kommt nominell eine Herabsetzung der deutschen Ausfuhr zustande, die aber praktisch schon deshalb nicht ins Gewicht fällt, weil nur ungefähr 30 Prozent der deutschen Ausfuhr dem Regime der Kontigente unterliegt. Eine tatsächliche Einschränkung der holländischen Ausfuhr nach Deutschland ist für Kunstseidenerzeugnisse vorgesehen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF